

Wirtschaft und Politik

Streit über Zivilopfer in Afghanistan belastet Nato

Empörung in Berlin über Informationspolitik der USA - Briten befreien Reporter gewaltsam

RUTH BERSCHENS | BRÜSSEL GEORG WATZLAWEK | DÜSSELDORF Der verheerende Nato-Luftangriff in Nordafghanistan hat gegenseitige Schuldzuweisungen ausgelöst, die das Verhältnis zwischen Deutschland und den Verbündeten belasten. Wie jetzt bestätigt wurde, kritisiert der Oberbefehlshaber der internationalen Schutztruppe Isaf, General Stanley McChrystal, den von der Bundeswehr angeforderten Luftangriff in einem ersten Bericht als Fehlentscheidung des Bundeswehr-Kommandeurs vor Ort. Diesen Vorwurf wies das Bundesverteidigungsministerium zurück. Der frühere deutsche Nato-General Harald Kujat nannte die US-Einschätzung absurd.

Vor allem die Informationspolitik der Amerikaner stößt in Berlin auf Verärgerung. McChrystal hatte gleich nach dem Angriff einen Reporter zu den Untersuchungen zugelassen, der dann über ein Fehlverhalten des deutschen Oberst Georg Klein berichtete. Auch der vertrauliche Untersuchungsbericht werde von Nato-Kreisen in Brüssel gestreut, hieß es in Regierungskreisen. Dies könne eine Reaktion auf frühere Kritik aus Deutschland sein, bei den von den USA angeführten Angriffen werde zu wenig Rücksicht auf zivile Opfer genommen. Offiziell dementierte Nato-Sprecher James Appathurai, dass es einen "Isaf-Bericht gibt, in dem irgendwelche Schlussfolgerungen oder Bewertungen hinsichtlich des Zwischenfalls in Kundus stehen". Doch tatsächlich hatten mehrere Journalisten Zugang zu dem Vorbericht aus McChrystals Feder.

Hinter dem Streit steht eine Strategie-Änderung der USA. Nach seiner Ernennung durch Präsident Barack Obama hatte McChrystal im Juli verkündet, die Isaf müsse bei allen Aktionen zivile Opfer vermeiden. Dabei ist bislang ungeklärt, wer die Verantwortung für den Angriff auf zwei von den Taliban entführte Tanklastwagen trägt, bei dem am Freitag mindestens 56 Menschen starben. Oberst Klein hatte die Aufklärung vor Ort betrieben und den Luftangriff angefordert.

Der Kommandeur vor Ort habe unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, direkt Luftunterstützung anzufordern, sagte jetzt ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums. Wie genau die Befehlskette abgelaufen sei, solle die Untersuchungskommission klären. Klein werde zwar noch im September nach Deutschland zurückkehren, was aber nicht im Zusammenhang mit dem Luftangriff stehe, sagte der Sprecher. Die Dienstzeit des Oberst ende "regulär".

Auch Kujat, einst Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, wies eine Verantwortung Kleins zurück. "Sie glauben doch nicht im Ernst, dass ein deutscher Oberst über den Einsatz von amerikanischen F-15-Bombern entscheiden darf", sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Verantwortlich für Planung und Ausführung der Luftoperationen sei die Luft-Koordinierungsstelle im Isaf-Hauptquartier, die McChrystal unterstehe.

In der Nato hieß es, der US-General sei verärgert, dass bei dem Bombardement Zivilisten getötet wurden. Das sei mit seiner Deeskalationsstrategie nicht vereinbar. In einer "taktischen Direktive" hatte er am 2. Juli festgelegt, die Isaf müsse die Bevölkerung "vor Gewalt schützen". Seither hatte sich die Zahl von Nato-Bombenangriffen halbiert, dafür setzten die USA 20 000 Soldaten zusätzlich ein - vor allem am Boden. Das Bundesverteidigungsministerium habe die Bedeutung dieser Anweisung womöglich nicht richtig erfasst, hieß es in Brüssel.

Dem widerspricht Ex-General Kujat entschieden. In den neuen Isaf-Regeln stehe, dass unterstützende Luftangriffe "gegen Wohnsiedlungen und Orte, bei denen zivile Opfer wahrscheinlich sind", zu begrenzen seien. Die Tanker seien jedoch in einem Flussbett steckengeblieben, an das kein Wohngebiet grenzte. Zudem habe die Bombardierung nachts stattgefunden. Kujat wirft McChrystal eine "Vorverurteilung" der Bundeswehr und einen Vertrauensbruch gegenüber Klein vor.

Inzwischen geben sich die Nato-Botschafter in Brüssel Mühe, den Streit einzugrenzen. Gerade die USA wollten vor der Bundestagswahl keine Diskussion über den Afghanistan-Einsatz befördern, ein Rückzug der Deutschen liege keinesfalls im US-Interesse, hieß es in Brüssel.

In Deutschland selbst wuchs die Zahl der Befürworter des Afghanistan-Einsatzes laut ARD-Deutschlandtrend seit

Juli um zehn Punkte auf 37 Prozent. 57 Prozent der Befragten sprachen sich für einen möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr aus - zwölf Punkte weniger als im Juli.

Wie die USA relativierten auch andere Bündnispartner ihre Kritik. Regierungskreise in Frankreich bezeichneten die Äußerung von Außenminister Bernard Kouchner, der von einem "großen Fehler" gesprochen hatte, als Ausreißer. Großbritanniens Außenminister David Miliband, der ebenfalls die Deutschen kritisierte, hat jetzt selbst ein Problem: Er befahl Kritik an tödlicher Befreiungsaktion für Journalisten in Afghanistan - Einsatz für Farrell von britischen Ministern angeordnet (mit Downing Street) = Kabul/London, 10. September (AFP)die gewaltsame Befreiung eines britischen Journalisten, der den Angriff auf die Tanker recherchiert hatte und von den Taliban entführt worden war. Obwohl Verhandlungen über ein Lösegeld liefen, startete der britische Geheimdienst die Befreiungsaktion. Dabei wurdengestartet, berichtete am Donnerstag der "Guardian". Der Einsatz wurde von zwei britischen Ministern angeordnet.

Die gewaltsame Befreiungsaktion wurde gestartet, obwohl Verhandlungen über eineFreilassung gut angelaufen waren, wie die Nachrichtenagentur AFP in Kabul am Donnerstag aus an den Verhandlungen beteiligten Kreisen erfuhr. Beim Einsatz in der Nacht zum Mittwoch im Norden Afghanistans wurden vier Menschen getötet ein afghanischer Kollege des befreiten Stephen Farrell, ein britischer Soldat, eine afghanische Frau und ein Kind getötet.